

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 09.11.2016
Beginn: 19:05 Uhr
Ende: 21:40 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

Freie Wähler

Frau Heike Christmann
Herr Dipl.-Ing. Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Joachim Karcher
Herr Roni Lörch
Herr Karl-Heinz Ried
Herr Oliver Walch

CDU

Herr Reinhard Dummler
Frau Ingeborg Haese-Sandner
Herr Peter Kiesinger
Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried
Herr Dr. Martin Rupp
Frau Dr. Karla Schelp
Herr Günter Sing

SPD

Herr Reinhard Haas
Herr Walter Hoffer
Herr Edgar Huck
Frau Cornelia Nürnberg
Herr Klaus Steigerwald

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther
Herr Andreas Hartmann
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

Ortsvorsteher

Herr Hans-Gerhard Kleiner

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Frau Petra Goldschmidt
Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß
Herr Dr. Klaus Rösch

Abwesend:

Freie Wähler

Frau Hielta Schlifkowitz

wegen Krankheit entschuldigt

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Bau Gemeinschaftsschule Karlsbad Waldbronn**
- 3.1 **Sachstandsbericht**
- 3.2 **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Heizungsarbeiten zum Bau der Gemeinschaftsschule Karlsbad-Waldbronn**
Vorlage: 60/0283/2016
- 3.3 **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Lüftungsarbeiten zum Bau der Gemeinschaftsschule Karlsbad-Waldbronn**
Vorlage: 60/0284/2016
- 3.4 **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe die Arbeiten der Sanitärinstallation zum Bau der Gemeinschaftsschule Karlsbad-Waldbronn**
Vorlage: 60/0285/2016
- 4 **Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenkalkulation der Wassergebühren 2017/2018, sowie der Neufassung der Wasserversorgungssatzung**
Vorlage: 20/0281/2016
- 5 **Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenkalkulation 2017/2018 in den Bereichen Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung sowie der Neufassung der Abwassersatzung**
Vorlage: 20/0282/2016

- 6 **Beratung über die Vorgehensweise bei der Überwachung von Geschwindigkeitsbegrenzungen**
Vorlage: 10/0267/2016
- 7 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Guttmannstraße 1**
Bauherr: SRH Holding (SdbR), Bonhoefferstraße 1, 69123 Heidelberg
Bauantrag: Abbruch Bestandsgebäude, Neubau Psychatrie
Grundstück: Guttmannstraße 1, Langensteinbach, Flst.Nr. 8172
Vorlage: 60/0286/2016
- 8 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Außenbereich Spielberg**
Bauherr: Theodor Hellinger, Römerstraße 14, 76307 Karlsbad
Bauantrag: Teilumnutzung von Schafstall zu Rinderstall und Neubau eines Güllebehälters
Grundstück: Außenbereich, Spielberg, Flst.Nr. 4478, 4479/2
Vorlage: 60/0226/2016
- 9 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Außenbereich Spielberg**
Bauherr: Theodor Hellinger, Römerstraße 14, 76307 Karlsbad
Bauantrag: Neubau eines Legehennenstalls
Grundstück: Außenbereich, Spielberg, Flst.Nr. 4478
Vorlage: 60/0227/2016
- 10 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - In der Au 46**
Bauherr: ATSV Mutschelbach 1904 e.V., Feldblickstraße 1, 76307 Karlsbad
Bauantrag: Optimierung der vorhandenen Parkplatzanlage und Erweiterung des bestehenden Fußballplatzes
Grundstück: In der Au 46, Mutschelbach, Flst.Nr. 1610, 3527
Vorlage: 60/0263/2016
- 11 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Descostraße 3-9**
Bauherr: Herrmann Grundbesitz GmbH, Descostraße 3-9, 76307 Karlsbad
Bauantrag: Erweiterung eines Produktionsgebäudes mit Büro
Grundstück: Descostraße 11, Ittersbach, Flst.Nr. 3795/24,

3795/35, 3795/52
Vorlage: 60/0278/2016

- 12 **Beratung und Beschlussfassung über die Spendenan-**
nahme im 3. Quartal 2016
Vorlage: 20/0279/2016
- 13 **Genehmigung von Protokollen**
- 14 **Verschiedenes**
- 15 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 31.10.2016 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 24 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 03.11.2016 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rädle Roland ,Haas Reinhard, Rohrer Uwe .

zu 1 Bekanntgaben

Keine.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) fragt nach dem Sachstand Standortsuche Vereinsgaragen in Karlsbad-Mutschelbach. Der Vorsitzende informiert, dass man verschiedene Überlegungen geprüft habe: zum einen die ursprüngliche Variante wie im Bebauungsplan vorgesehen und dann im Bereich der möglichen künftigen Sporthalle. Zwischenzeitlich habe man mitbekommen, dass nur noch zwei Vereine Interesse an Garagen hätten und jetzt suche man nach einer Lösung im Bereich Feuerwehrstandort / Kindergarten.

GRin Ingeborg Haese-Sandner (CDU) moniert, dass in einem Infoschreiben der Netze BW zum Ausbau der Breitbandversorgung in Auerbach ein Rücklauftermin für einen Vertragsabschluss 15.11. vorgegeben sei. Dieser sei zu kurzfristig, außerdem gebe es einen weiteren Termin, nämlich den 25.11.2017. Dieser sei höchstwahrscheinlich nicht richtig. Ortsbaumeister Ronald Knackfuß sagt, dass das Schreiben unabhängig von der Gemeinde versandt worden sei, demnächst fänden Informations- und Beratungstermine statt, bei dem die offenen Fragen geklärt werden könnten.

GR Roland Rädle (CDU) erkundigt sich nach dem Sachstand zum Thema neue Vereinsförderrichtlinien. Der Vorsitzende sagt, dass das Thema derzeit in der Verwaltung feinabgestimmt werde. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner ergänzt, dass man sich dabei auch an den Förderrichtlinien des Badischen Sportbundes orientiere.

GR Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) fragt, wie es bei der Gemeinschaftsunterkunft im KSC weitergeht. Der Vorsitzende antwortet, dass der Landkreis die befristeten Mietverträge zum Endzeitpunkt auslaufen lasse und die unterzubringenden Personen von der Anzahl her geringer würden.

zu 3 Bau Gemeinschaftsschule Karlsbad Waldbronn

zu 3.1 Sachstandsbericht

Der Vorsitzende führt kurz in das Thema ein, dann erläutert Architekt Andreas Adler von Adler+Retzbach die bisherigen Tätigkeiten bezüglich Gemeinschaftsschule und die weitere Zeitplanung.

Nach dem Baubeginn am 12. Oktober und dem Spatenstich am 19. Oktober arbeite man derzeit an den zusammengefassten Bauabschnitten 1 und 2 und zwar zur Straße am Schelmenbusch hin und am nördlichen Ende der Gemeinschaftsschule, jeweils im Außenbereich. Während im vorderen Teil der Gebäudebestand ausgebaut werde, entstehe im nördlichen Bereich ein komplett neues Bauwerk. Man habe bereits neue Entwässerungsleitungen sowie im Technikraum einen neuen Frischwasseranschluss verlegt. Bis Ende Dezember 2016 sollen die Bodenplatten fertiggestellt und bis April / Mai 2017 das Gebäude dicht sein. Der erste Bauabschnitt läuft bis Ende 2017 und der zweite Bauabschnitt bis April 2018. Derzeit befinde sich die Baustelle im Zeit- und Kostenrahmen. Die Gesamtkosten seien mit 4,93 Millionen

Euro kalkuliert. Mit den anstehenden Vergaben (Heizung / Lüftung / Sanitär) bewege man sich ca. 132.000 Euro unter der Kostenschätzung für die ersten 13 Gewerke. Vor Ort seien schon die Rettungswege während der Bauphase mit der Feuerwehr abgestimmt und angelegt worden. Die Baustellenzufahrt befinde sich im Bereich vor dem Haupteingang. Die Bushaltestelle sei in den Herbstferien verlegt worden, so dass sich diese nicht mehr mit der Baustellenzufahrt kreuze. Der Schulhof der Gemeinschaftsschule sei während der Bauphase aus Sicherheitsgründen abgesperrt. Eine zusätzliche Fläche mit Hackschnitzeln sei vorgerichtet und mit einem Bauzaun eingezäunt worden. In Rücksprache mit der Realschule nutzen die Schüler der Gemeinschaftsschule während der Bauphase den Schulhof der Realschule mit. Die Gemeinderäte nehmen die Informationen zur Kenntnis und stellen einzelne Nachfragen bzw. geben Anregungen.

zu 3.2 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Heizungsarbeiten zum Bau der Gemeinschaftsschule Karlsbad-Waldbronn
Vorlage: 60/0283/2016

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß hält einen kurzen Sachvortrag. Von acht angeschriebenen Firmen hätten nur zwei Angebote abgegeben. Man liege bei der vorgeschlagenen Vergabe ziemlich genau in der Kostenberechnung.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Auftrag für Heizungsarbeiten zum Bau der Gemeinschaftsschule Karlsbad-Waldbronn an den günstigsten Bieter, die Fa. Höger&Knopf, Karlsbad, für einen Bruttoendpreis in Höhe von 102.745,35 € zu vergeben.
einstimmig beschlossen

zu 3.3 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Lüftungsarbeiten zum Bau der Gemeinschaftsschule Karlsbad-Waldbronn
Vorlage: 60/0284/2016

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß sagt, dass es sich bei der vorgeschlagenen Firma um ein renommiertes Handwerksunternehmen handle. Trotz der Angebotssumme, die um ca. 43.000 Euro über der Kostenberechnung liege, empfehle man, den Auftrag zu vergeben. Ein Teil der höheren Angebotssumme resultiere aus Pauschalen für Wartungs- und zusätzliche Montagearbeiten, die im Leistungsverzeichnis so nicht vorgesehen seien. Auf Nachfrage von GR Joachim Karcher (Freie Wähler) erläutert Ortsbaumeister Ronald Knackfuß im Einzelnen anhand der Gewerksummen 1-13, wie sich die Gesamtsumme von 132.000 Euro momentaner „Einsparreserven“ gegenüber der Kostenberechnung ergibt.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Auftrag für Lüftungsarbeiten zum Bau der Gemeinschaftsschule Karlsbad-Waldbronn an den günstigsten Bieter, die Fa. Jörke + Weber, Ettlingen, für einen Bruttoendpreis in Höhe von 193.711,06 € zu vergeben.
einstimmig beschlossen

zu 3.4 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe die Arbeiten der Sanitärinstallation zum Bau der Gemeinschaftsschule Karlsbad-Waldbronn
Vorlage: 60/0285/2016

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß hält einen kurzen Sachvortrag.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Auftrag für Sanitärarbeiten zum Bau der Gemeinschaftsschule Karlsbad-Waldbronn an den günstigsten Bieter, die Fa. Höger&Knopf, Karlsbad, für einen Bruttoendpreis in Höhe von 108.792,82 € zu vergeben.
einstimmig beschlossen

zu 4 Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenkalkulation der Wassergebühren 2017/2018, sowie der Neufassung der Wasserversorgungssatzung
Vorlage: 20/0281/2016

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt hält Sachvortrag und erläutert die Gründe für die vorgeschlagenen verringerten Wassergebühr von 2,35 Euro pro Kubikmeter ab 1.1.2017 gegenüber derzeit 2,38 Euro pro Kubikmeter.

Bei der letzten Kalkulation war die Eigenkapitalverzinsung noch auf 4 Prozent festgelegt. Die Eigenkapitalverzinsung wird jährlich neu berechnet und musste unter anderem aufgrund der aktuellen Zinsänderung reduziert werden. Die Eigenkapitalverzinsung soll für den Gemeindehaushalt auf 3 Prozent festgesetzt werden.

Die größten Veränderungen im Vergleich zur letzten Kalkulation seien der reduzierte Ansatz der Umlage an die Zweckverbände, geringere Ansätze der Inneren Verrechnung und gesunkene Verwaltungskostenbeiträge. Die Auflösung des „Eigenbetriebes Wasserversorgung“ zum 1.1.2015 und Eingliederung als Regiebetrieb in den Gemeindehaushalt wirke sich finanziell positiv aus. In der letzten Kalkulation wurde auf Basis einer Bemessungsgrundlage von 800.000 m³ Wasser gerechnet. Aufgrund der neuen und geplanten Baugebiete werde hier künftig von einer Bemessungsgrundlage von 805.000 m³ ausgegangen. Auf der Gegenseite gebe es aber auch gestiegene Aufwendungen, wie z.B. die Abschreibungen für das Infrastrukturvermögen oder Leistungsvergütung an Unternehmen.

Die aktuellen Wassergebühren der umliegenden Gemeinden bzw. Städten im Vergleich bewegten sich im Durchschnitt bei 1,99 €/m³. Karlsbad habe höhere Kosten, weil sie eine Flächengemeinde mit umfangreichem Wasserleitungsnetz (z.B. Anschluss der Steinighöfe) sei. Zudem sei die Kommune in vielen Verbänden beteiligt und habe lediglich eine kleine eigene Quelle.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat,

1. macht sich die Wassergebührenkalkulation 2017/2018 zu Eigen und reduziert die Wassergebühren für 2017 und 2018 auf 2,35 €/m³
 2. legt die Eigenkapitalverzinsung ab 01.01.2017 auf 3 % fest
 3. beschließt die beigefügte Neufassung der Wasserversorgungssatzung
- einstimmig beschlossen

zu 5 Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenkalkulation 2017/2018 in den Bereichen Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung sowie der Neufassung der Abwassersatzung
Vorlage: 20/0282/2016

Die Schmutzwassergebühr soll, so erläutert Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt, von 1,56 Euro auf 1,91 Euro pro Kubikmeter und die Niederschlagsgebühr von 0,53 Euro auf 0,55 Euro pro Kubikmeter steigen.

Wie bei den Wassergebühren ausgeführt werde der kalkulatorische Mischzinssatz auf 3 Prozent angepasst. Die Bemessungsgrundlage soll für das Schmutzwasser auf 805.000 m³ und bei der Niederschlagswassergebühr auf 1.200.000 m² festgelegt werden. Dies resultiere gleichfalls aus den neuen bzw. geplanten Baugebieten. Der Verteilerschlüssel für die Aufteilung der einzelnen Kosten zwischen Schmutz- und Niederschlagswasser soll unverändert bleiben.

Beide Gebühren müssten unter anderem aus folgenden Gründen erhöht werden: Gewachsener Personalaufwand, gestiegene Kosten bei den Zweckverbänden und höherer Mittelbedarf für die Arbeit von Privatfirmen, um die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen (z.B. Begutachten des Kanalzustands) bzw. notwendige Reparaturen bei den Kanälen abwickeln zu können. Natürlich spiegle sich in den Kosten die besondere Situation von Karlsbad wider wie sie auch für die Wassergebühren gelte. Von dem Gebührendurchschnitt der umliegenden Gemeinden weiche man hier jedoch nicht so sehr ab.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) meint, dass die Flächenangaben der Bürgerinnen und Bürger immer im Blick zu halten und geprüft werden müssten. GR Reinhard Haas (SPD) sagt, dass es wenig Spielraum bei den Kosten gebe die faktische gestiegen und kaum beeinflussbar seien. Er will wissen, welche Mehrkosten pro Haushalt durch die Anhebung der Schmutzwassergebühren entstehen. Geht man von rund 40 Kubikmeter pro Person und Jahr aus, so liegen die Mehrkosten bei rund 14 Euro und damit für eine vierköpfige Familie bei immerhin 56 Euro pro Jahr, antwortet Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt. GR Roland Rädle (CDU) sieht ebenfalls Zwangsgründe, die höhere Gebühren rechtfertigten.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat:

I.

- macht sich die vorliegenden Gebührenkalkulationen Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung für den zweijährigen Kalkulationszeitraum 2017/2018 (Anlage 3 und 4) zu eigen und beschließt diese.
- beschließt die Kalkulation einschließlich der Verteilerschlüssel (Anlage 5) sowie die vorgenommenen Ermessens- und Prognoseentscheidungen. Insbesondere trifft er folgende Festlegungen:
 - a) der kalkulatorische Zinssatz wird ab dem 01.01.2017 auf 3 % festgesetzt (Anlage 8)
 - b) die Kosten für die Straßenentwässerung bleiben bei der Berechnung des gebührenrelevanten Aufkommens unberücksichtigt.
 - c) als Bemessungsgrundlage für die Schmutzwasserbeseitigung bzw. Schmutzwassergebühr wird eine Menge von 805.000 m³ festgesetzt.
 - d) für die Niederschlagswasserbeseitigung bzw. Niederschlagswassergebühr wird die abflussrelevante Fläche in Höhe von 1.200.000 m² festgesetzt.
 - e) die Festsetzung der Straßenentwässerungskostenanteile in Höhe der im Verteilerschlüssel (Anlage 5) aufgeführten Prozentsätze werden beschlossen.

- f) die festgelegten Schlüssel und die diesbezüglichen, jeweils im Verteilerschlüssel der Kalkulationen aufgeführten Prozentsätze zur Aufteilung der Aufwendungen und Erträge auf die Bereiche Schmutzwasserbeseitigung und Niederschlagswasserbeseitigung werden beschlossen.
- g) den Ausgleich der Summe der Über- und Unterdeckungen aus den vorangegangenen Haushaltsjahren in der Gebührenkalkulation (2017/2018) werden beschlossen (Anlage 6 und 7).

II.

- a) für die Haushaltsjahre 2017/2018 werden folgenden Gebühren mit Verrechnung (Ausgleich) der Über- und Unterdeckungen aus den vorangegangenen Haushaltsjahren festgesetzt:

Schmutzwassergebühr:	1,91 €/m ³ - Erhöhung um 0,35 €
Niederschlagswassergebühr:	0,55 €/m ³ - Erhöhung um 0,02 €

- b) Die voraussichtlich entstehenden Über-/bzw. Unterdeckungen bei den Schmutz- und Niederschlagswassergebühren in den Jahren 2019 ff. werden ausgeglichen.

III.

Die Neufassung der Abwassersatzung aufgrund den Änderungen im Wassergesetz Baden-Württemberg wird beschlossen.
einstimmig beschlossen

zu 6 Beratung über die Vorgehensweise bei der Überwachung von Geschwindigkeitsbegrenzungen

Vorlage: 10/0267/2016

Jürgen Augenstein hält anhand der Vorlage ausführlich Sachvortrag. 1991 sei das integrierte Verkehrskonzept beschlossen worden. Dieses habe eine erhöhte Verkehrssicherheit als Ziel und nicht, Einnahmen für die Gemeinde zu erzielen. Im Bereich der Ortsteingänge habe man sich für Messstellen statt baulicher Maßnahmen entschieden, um die Geschwindigkeit zu reduzieren.

Im Zeitraum von 2005 bis 2007 seien die Messstellen umgebaut worden und nunmehr müsse erneut entschieden werden, ob man die vorhandenen Anlagen weiter instand hält oder auf neue Laser-Messstellen mit verringerten Folgekosten umsteigt. Hinzu komme noch, dass sich die Technik weiterentwickelt habe und aus diesem Grund in Zukunft nicht mehr alle Anlagen dauerhaft instandgehalten werden könnten und gerade auch die bisher verwendeten Messeinschübe vom Hersteller abgekündigt seien, weshalb dann in nächster Zeit auch keine Ersatzteile mehr erhältlich sind. Augenstein erläutert zunächst im Überblick die Zahlen der Messungen.

Stationäre Messungen:

Dort gab es anfangs rund 10 Prozent Überschreitungen. In den ersten Jahren seien diese auf unter 2 Prozent gesunken und seit Jahren nunmehr recht stabil bei rd. 0,2 Prozent Überschreitungen. Dies entspreche rund 4.500 Verstöße pro Jahr (ca. 40 Bußgelder). Durch die Sondersituation in der Hailerstraße, dort liegt die Überschreitungsquote bei 2,2 Prozent, seien im Durchschnitt auf 0,3 Prozent gestiegen, also rund 9.000 Verstöße in 2016. Rund drei Millionen Fahrzeuge würden pro Jahr gemessen.

Mobile Messungen:

77 Messstellen, vorzugsweise Schulen, Kindergärten und Wohnbereiche in 30-er Zonen würden jährlich mobil kontrolliert. Seit Jahren seien die Überschreitungen recht stabil bei 10-12 Prozent. Neue Messstellen seien durch die Lärmaktionsplanung in 2016 hinzu gekommen. Bei rund 30.000 gemessenen Fahrzeugen würden sich etwa 3.500 Verstöße ergeben.

Weiteres Vorgehen Verkehrsüberwachung

Es gehe darum, so Augenstein, zu entscheiden, ob die derzeit defekten Messanlagen wieder repariert werden sollen. Das jetzige System arbeite mit Messschleifen in den Fahrbahnen und die müssten immer wieder erneuert werden. Hinzu käme noch die Technik, die nicht mehr dauerhaft zukunftsfähig sei. Wenn man sich entscheide, in Stufen im Zeitraum von 3-4 Jahren auf ein neues System umzustellen, sei man technisch wieder auf der Höhe der Zeit und spare Unterhaltskosten. Die neue Technik arbeite mit Lasermessung und nicht über Fahrbahnschleifen, auch könnte man jährlich anfallende Prüfkosten im Vergleich zur jetzigen Technik sparen. Im Zuge der Erneuerung von Messstellen könnten auch gewisse örtliche Gegebenheiten berücksichtigt werden (Versetzen von Messstellen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten). Augenstein erläuterte ergänzend, dass es im Bereich Ruhender Verkehr/Durchfahrtsverbote ca. 2.800 Verstöße pro Jahr gebe. Bei Halt-/Parkverboten sowie Durchfahrtsverboten im Rahmen der allgemeinen Überwachungstätigkeit entspreche dies rund 10 Verwarnungen pro Arbeitstag. Bei den gesamten Ordnungswidrigkeiten komme man auf ca. 10.000 bis 12.000 Fälle pro Jahr.

GR Roland Rädle (CDU) spricht sich dafür aus, schrittweise auf das Säulensystem umzustellen. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) meint, dass es Wert sei, hier aktiv zu werden, weil die Überwachung das Verkehrsverhalten positiv beeinflusse. Allerdings sei im Haushalt eigentlich kein Geld da, zumindestens für die Reparaturen müssten Mittel eingestellt werden. GR Reinhard Haas (SPD) votiert in Anbetracht der Zunahme des Verkehrs dafür, die neue Technik sukzessive einzuführen. Der Vorsitzende sagt, dass die alte Technik in Zukunft immer teurer werde. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne meint, dass man hier ebenfalls schrittweise umstellen soll – abhängig von der finanziellen Möglichkeiten.

Mehrheitlich wird der Vorschlag der Verwaltung befürwortet, Entscheidungsvorlagen für die Haushaltsberatungen zu erarbeiten. Grundlage hierfür ist der Vorschlag, die Technik im Zeitraum von 3-4 Jahren zu erneuern mit Gesamtkosten von 500.000 Euro.

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Guttmannstraße 1
Bauherr: SRH Holding (SdbR), Bonhoefferstraße 1, 69123 Heidelberg
Bauantrag: Abbruch Bestandsgebäude, Neubau Psychatrie
Grundstück: Guttmannstraße 1, Langensteinbach, Flst.Nr. 8172
Vorlage: 60/0286/2016

Der Vorsitzende führt kurz in den Sachverhalt ein. Joachim Guthmann erläutert das Thema anhand der Vorlage. Das Haus Kraichgau soll abgebrochen werden. Die Änderung des Bebauungsplanes laufe. Es sei möglich, schon jetzt eine Baugenehmigung zu erteilen, wenn gewährleistet werde, dass der Bauherr sich an die Vorgaben des künftigen Bebauungsplanes halte.

GRin Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) bittet nochmals nachdrücklich darum, die Parkplatzproblematik zu beachten und für genügend Parkraum zu sorgen. Der Vorsitzende sagt, dass er dies im Blick habe und es gelte auch, die ÖPNV-Anbindung zu verbessern.

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat wolle das Einvernehmen zu dem geplanten Vorhaben erteilen.
einstimmig beschlossen

- zu 8 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Außenbereich Spielberg**
Bauherr: Theodor Hellinger, Römerstraße 14, 76307 Karlsbad
Bauantrag: Teilumnutzung von Schafstall zu Rinderstall und Neubau eines Güllebehälters
Grundstück: Außenbereich, Spielberg, Flst.Nr. 4478, 4479/2
Vorlage: 60/0226/2016

Joachim Guthmann erläutert, dass im Außenbereich zwischen Spielberg und Ittersbach ein Rinderstall und ein Güllebehälter gebaut werden sollen. Der Ortschaftsrat habe sich mit dem Vorhaben auseinandergesetzt und aus Naturschutzgründen einstimmig gegen das Einvernehmen votiert. Aus Sicht der Verwaltung sei das Vorhaben genehmigungs-fähig.

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) betont, dass der Ortschaftsrat wisse, dass bau-rechtlich nichts zu machen sei, man jedoch allergrößte Bedenken im Sinne des Natur- und Landschaftsschutzes gegen beide Vorhaben (auch gegen den Legehennenstall) habe. GR Roland Rädle (CDU) möchte einen Vertreter vom Landwirtschaftsamt geladen haben, um die Kriterien der Privilegierung von landwirtschaftlichen Vorhaben erklärt zu bekommen. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) sagt, dass die Größe nochmals kritisch geprüft werden müsse. GR Reinhard Haas (SPD) bekennt sich persönlich als Gegner einer Massentierhaltung und befürchtet, dass das Gebiet zerstört wird. Der Vorsitzende sagt, dass schon bei der Genehmigung des Schafstalles ein Rinderstall möglich gewesen sei.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat wolle das Einvernehmen zu dem geplanten Bauvorhaben erteilen.
einstimmig abgelehnt

- zu 9 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Außenbereich Spielberg**
Bauherr: Theodor Hellinger, Römerstraße 14, 76307 Karlsbad
Bauantrag: Neubau eines Legehennenstalls
Grundstück: Außenbereich, Spielberg, Flst.Nr. 4478
Vorlage: 60/0227/2016

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Der Gemeinderat signalisiert, das Einvernehmen wie im Top davor nicht erteilen zu wollen.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge das Einvernehmen zu dem geplanten Bauvorhaben erteilen.
einstimmig abgelehnt

- zu 10 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - In der Au 46**
Bauherr: ATSV Mutschelbach 1904 e.V., Feldblickstraße 1, 76307 Karlsbad
Bauantrag: Optimierung der vorhandenen Parkplatzanlage und Erweiterung des bestehenden Fußballplatzes
Grundstück: In der Au 46, Mutschelbach, Flst.Nr. 1610, 3527
Vorlage: 60/0263/2016

Der Vorsitzende erklärt am Anfang, dass als Folge des Vorhabens die Zufahrtsstraße In der Au verlegt werden müsse und dadurch eine größere Fläche für den Winterdienst der Gemeinde entstehe. Dies sei jedoch unproblematisch zu bewältigen.

Joachim Guthmann erläutert, dass es bei dem Vorhaben darum gehe, die Parkplatzanlage entlang der Straße „In der Au“ zu optimieren und das bestehende Fußball-spielfeld entlang der Waldenserstraße zu erweitern. Dabei sollen Lichtmasten und eine Videowand installiert werden. Die Geländeunterschiede zwischen Sportplatz und den beiden Straßen sollen durch Einbau von Stützwänden bis maximal 2,30 Meter ausgeglichen werden. Der Ortschaftsrat habe hierüber beraten und drei Anregungen gegeben: Stützwand begrünen, Zaunanlage in der Farbe anthrazitgrau aufstellen und diese auch begrünen. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) kündigt an, sich wegen den Verlust von Bäumen zu enthalten. GR Günter Sing (CDU) meint, dass sich die Parkplatzsituation deutlich verbessere. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sagt, dass der Verein gesagt habe, hinter dem Zaun Grünwuchs bis zu vier Meter Höhe zu pflanzen. GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) regt an, Parkplätze im Wiesengelände gegenüber dem Sportplatz anzulegen. Dies sei, so der Vorsitzende, schon beraten worden, jedoch an den Eigentumsfragen gescheitert.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle das Gemeindeeinvernehmen zu dem Bauvorhaben erteilen.
mehrheitlich beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

- zu 11 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Descostraße 3-9**
Bauherr: Herrmann Grundbesitz GmbH, Descostraße 3-9, 76307 Karlsbad
Bauantrag: Erweiterung eines Produktionsgebäudes mit Büro
Grundstück: Descostraße 11, Ittersbach, Flst.Nr. 3795/24, 3795/35, 3795/52
Vorlage: 60/0278/2016

Joachim Guthmann hält einen kurzen Sachvortrag und informiert u.a., dass sich die Gebäudehöhe in etwa am Bestand orientiere. Es gebe auch, so der Vorsitzende, einen Zuwachs an Arbeitsplätzen, der jedoch nicht zu beziffern sei, so antwortet er auf eine Frage von GR Roni Lörch (Freie Wähler).

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat wolle der für das Bauvorhaben notwendigen Befreiungen zustimmen und das Gemeindeeinvernehmen erteilen.
einstimmig beschlossen

zu 12 Beratung und Beschlussfassung über die Spendenannahme im 3. Quartal 2016
Vorlage: 20/0279/2016

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Spenderinnen und Spendern.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt Geldspenden in Höhe von 2.350,00 € und Sachspenden in Höhe von 260,00 € anzunehmen.
einstimmig beschlossen

zu 13 Genehmigung von Protokollen

Keines.

zu 14 Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert über Termine in Sachen Breitbandausbau in Auerbach. Zu diesem Thema findet eine Informationsveranstaltung für Auerbacher Bürger am Donnerstag, den 17.11.2016, um 19:30 Uhr im Bürgersaal des Rathauses Auerbach statt. Der Breitband-Netzbetreiber, die bauausführende Firma und Vertreter der Gemeinde Karlsbad sowie der Breitband Landkreis Karlsruhe GmbH informieren über den Bauablauf und stehen für Fragen Rede und Antwort. Für persönliche Fragen und individuell zugeschnittene Angebote werden Beratungstermine am Donnerstag, 01.12.16, und Montag, 19.12.2016, jeweils von 16 bis 19 Uhr im Rathaus Auerbach angeboten.

Auf erneute Nachfrage von GRin Ingeborg Haese-Sandner (CDU) und OV Hans-Gerhard Kleiner (Freie Wähler) in dieser Sache sagt der Vorsitzende, dass die Gemeinde nochmals kurzfristig ein Schreiben verfassen werde.

Der Vorsitzende sagt, dass der Nachbarschaftsverband den neuen Feuerwehrhausstandort der Ittersbacher Abteilung im Gewerbegebiet Ittersbach befürwortet habe. Bezüglich des Flächennutzungsplanes Windkraft komme die Verwaltung nochmals auf das Gremium zu.

zu 15 Fragen der Zuhörer

Ein Zuhörer zeigt sich verärgert über den ersatzlosen Abriss des Hallenbades in Folge der Baumaßnahme SRH Klinikum. Der Vorsitzende sagt, dass die Gemeinde es auch schade findet, dass das Angebot wegfällt, in dieser Frage sei jedoch das SRH Klinikum der richtige Ansprechpartner.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson